Posener Zeitung.

№ 153. Mittwoch den 5. Juli. 1848.

Inland.

Berlin, den 3. Juli. Der Königliche Hof hat gestern für Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Sophie von Großbritanien die Trauer auf vierzehn Tage angelegt.

Se. Excellenz der General der Infanterie, General-Inspecteur der Festungen und Chef der Ingenieure und Pioniere, von Aster, ist vom Rhein hier angekommen; und Se. Excellenz der Staats-Minister Freiherr von Arnim, nach Köln abgereist.

Posen, den 4. Juli.

Mit der Wahl eines provisorischen Reichsverwesers hat das Frankfurter Parlament den Grundstein für die Einigkeit Deutschlands gelegt, und es eröffnet sich nach den trüben Tagen die Aussicht auf eine freudige Zukunft unseres Vaterlandes. Es hat sich in der constituirenden Versammlung ernster Wille und Pflichtgefühl, besonnenes Fordern und gemessenes Nachgeben, es hat sich entschiedener Eifer für Wahrung der errungenen Neuzeit und Achtung vor dem Ueberkommenen zusammengefunden; im Laufe einer neuntägigen Debatte haben sich die fernstehendsten, schroffsten Ansichten in einander auszugleichen gesucht, und bei bedeutender Majorität für das abgegebene Votum ist dieses ein höchst zufriedenstellendes, glückliches zu nennen. Vier Ansichten standen in der Hauptsache einander gegenüber: die äußerste Linke, die Fraktion Zitz-Blum wollte einen Wohlfahrtsausschuß, ein lediglich exekutives, der Versammlung verantwortliches Organ, zur Ausführung aller Beschlüsse derselben, und hiermit hätte sich das Parlament freilich nicht nur das höchste Maß souverainer Macht diktirt, es hätte auch faktisch die gesammte Regierungsgewalt an sich genommen, und den Ausschuß zum bloßen willenlosen Vollstrecker aller Beschlüsse gemacht. Diese Ansicht fiel eben so rasch, wie die ihr von der äußersten Rechten entgegengestellte des Paktirens mit den einzelnen Regierungen; die Versammlung verneinte die unbedingte Mitwirkung der Einzelstaaten bei der Ernennung der obersten Reichsgewalt. In der Mitte lagen alle die mehr oder weniger in das eine oder andere Prinzip überspielenden Ansichten der Antragsteller des Centrums; die linke Seite strebte am Offensten und Klarsten für ihr Prinzip, nämlich die unbedingte Ernennung der Reichsstatthalterschaft von Seiten der Versammlung. Das Parlament wich in seiner Beschlußnahme eben so weit von der Vorlage der Abtheilung, wie von den Petitionen der äußersten Seiten des Hauses ab; nachdem eine Einigung vorerst darüber stattgefunden hatte, daß die Wahl nur auf eine Person als provisorischen Reichsverweser zu richten sei, und nachdem in zahlreichen vorbereitenden Verhandlungen durch eine gegenseitige Annäherung der Parteien ein bestimmter Grundsatz hierfür festgestellt worden war, proklamirte die Versammlung das Prinzip ihrer Selbst-Berechtigung, und indem sie ohne jede Mitwirkung der Regierungen die Wahl vornahm, hatte sie sich ihre eigene Souverainetät dekretirt, anerkannte sie aber das Recht der Staaten und der Dynastien, indem sie den Reichsverweser als unverantwortliche, von einem Ministerium umgebene Spitze der Centralverwaltung erklärte, und zu der hohen Stelle selbst ein Mitglied der höchsten deutschen Fürstenfamilie berief. Das Parlament hat so unseres Erachtens aufs Glücklichste alle Klippen vermieden; indem es vor Allem das Prinzip seiner eigenen Souverainetät klar festgehalten hat, hat es neben diesem Gründe der Klugheit und der Rücksicht walten lassen, und wenn auch nicht mit dem Grundsatz der Wahl, so sind nach dem Resultat vielleicht alle Parteien gleich zufriedengestellt. — Die deutsche Bundesversammlung hat kurz nach dem Schluß der Parlamentssitzung und während der feierlichen Proklamirung des Beschlusses, der dem Bundestage selbst sein Todesurtheil spricht, eine Versammlung gehabt, und mit jener edlen Rivalität, die sie in der letzten Zeit zierte, ohne sie retten zu können, in einer Botschaft dem Erzherzog Johann die auf ihn gefallene Wahl mitgetheilt. Indem sie sich so einerseits als gegenwärtiges exekutives Organ der National-Versammlung betrachtet, benutzt sie die Gelegenheit, um sich als „das gemeinschaftliche Organ der Regierungen der sämmtlichen Deutschland ausmachenden Territorien zur Wahrung und Uebung ihrer gemeinsamen Rechte" zu bewähren, und erklärt dem Erzherzog, „daß es den in der Bundesversammlung vereinigten Bevollmächtigten der deutschen Regierungen zur höchsten Genugthuung gereiche, Sr. Kaiserl. Hoheit die Versicherung ausdrücken zu dürfen, daß sie schon vor dem Schlusse der Berathungen über die Bildung einer provisorisorischen Centralgewalt von ihren Regierungen ermächtigt waren, für eine Wahl Kaiserl. Hoheit zu so hohem Berufe sich zu erklären." Mit anderen Worten, die Bundesversammlung giebt dem gewählten Reichsverweser sehr geschickt zu verstehen, daß sich die deutschen Einzelregierungen willig in die Wahl fügen, und daß, falls noch ein Zweifel über die Competenz der National-Versammlung bestände, sie als noch zu Recht bestehende Behörde, den Beschluß anerkenne.

Man sieht, die Bahn der Verständigung ist von allen Seiten betreten, und allseits spricht sich die Lust und das Bemühen aus, die Zustände so rasch als möglich auf Ordnung und Gesetz zurückzuführen. Ein großer Schritt auf dem neuen Wege ist gethan; je ersichtlicher im Laufe der Debatten wahrer Ernst und das reinste lauterste Streben sich kundgegeben hat, um so freudiger begrüßen wir das gewonnene Resultat. Die Deutsche gesetzgebende Reichsversammlung hat sich ihr Organ geschaffen. Möge der zu der hohen Würde berufene Erzherzog willig und ohne Zaudern Folge leisten. Nur uneigennütziges, volles Hingeben an die große Sache führt zum Heile, nur wenn in Wahrheit ein großes Ziel erstrebt wird, ist sein Erreichen möglich. Möge das Parlament und ihm zur Seite die gesammte Nation würdig im hohen Streben fortfahren, und es wird noch die Hoffnung verwirklicht und das große deutsche Volk zu neuen Zeiten des Heils und des Glanzes hingeführt werden.

---

* Posen, den 3. Juli. [Fortsetzung der Denkschrift.] Die gegenseitige Haltung beider Nationalitäten im Großherzogthum wurde immer feindseliger. Die Polen zeigten den tiefsten Groll gegen die Deutschen, weil diese von einer Polnischen Reorganisation ausgeschlossen sein wollten; sie mochten die nationale Begeisterung derselben so wenig verstehen, daß sie die massenhaften Bittschriften um Aufnahme in den Deutschen Bund den Intriguen der Beamten zuschrieben; sie grollten auch der Preußischen Regierung, weil dieselbe sich nicht hatte hinreißen lassen, an Rußland den Krieg zu erklären, und den Sympathien für Polen die heiligsten Interessen Deutschlands zu opfern. Die Deutschen waren durch die Handlungsweise der Polen, und zwar sowohl durch einzelne Gewaltsamkeiten, als besonders durch die planmäßige Usurpirung der vollziehenden Gewalt im höchsten Grade gereizt und aufgebracht. Beide Theile verlangten mit gleichem Ungestüm von der Regierung entscheidende Maßregeln gegen das Treiben der Gegner. Entgegengesetzte Anträge kreuzten sich. Die Polen forderten die Abberufung derjenigen höhern Militair- und Civil-Beamten, in welchen die Deutsche Bevölkerung ihren Anhalt und eine Bürgschaft erblickte, ihre Interessen von der Regierung nicht preisgegeben zu sehen. Die Polen verlangten Entfernung des Preußischen Militairs, während sie selbst aller Orten Aushebungen vornahmen und zum Theil erzwangen, während sie in der Stadt Posen militairische Exerzitien anstellten und im Namen „einer Polnischen Republik" Preußische vorrückende Truppen aufforderten, zurückzuweichen. Die Deutsche Bevölkerung begehrte dagegen starke militairische Besatzungen und ein unverzügliches energisches Einschreiten.

Die Denkschrift fährt fort: „Die eine oder die andere Nationalität mit Anklagen zu belasten, liegt außer dem Bereiche dieser Darstellung. Bleibe hier dahin gestellt, ob und wer auf beiden Seiten die Schuldigen waren. Haben sich aber Deutsche zu Ausschreitungen, die nicht zu billigen sind, treiben lassen, so darf man nicht verhehlen, daß Polnischerseits Mittel in Anwendung kamen, von denen der Kern der edeln Polnischen Nation sich mit Unwillen wegwenden muß. Dahin gehört ein „Aufruf an die Brüder Polen, die im Preußischen Heere dienen," und das die Ungemessenheit der Polnischen Uebergriffe bekundende Manifest des Polnischen Central-Comitées zu Posen vom 1. April."

Es folgt nun jener berüchtigte Aufruf „An die Brüder Polen, die im Preußischen Heere dienen" und der „Erlaß" des Polnischen National-Central-Comitees, in dem Zinsbefreiungen, Dienstablösungen, Unterhaltung auf öffentliche Kosten u. s. w. versprochen, im Art. 5. „die auf den städtischen und bäuerlichen Ackerwirthschaften lastenden Dominial-, Jagd- und Fischfangrechte, so wie das Laudemium aufgehoben werden."

Der Aufruf „An die Brüder Polen, die im Preußischen Heere dienen" lautet wörtlich: „Brüder! nach so vielen Jahren der Bedrückung und des Unglücks ist endlich die Zeit der Freiheit der Völker durch Gottes Willen selbst herangerückt. Der heilige Vater trat zuerst in der Vertheidigung der Bedrängten als Gottesgesalbter auf, indem er die Hände gen Himmel hob und die ganze Welt segnete.

Italien, Schweiz und Frankreich hörten schon auf diese heilige Stimme. Die Völker erhoben sich, die Könige und Fürsten aber erzitterten vor Furcht. Auf dessen Widerhall schlugen die Herzen der Völker vor Freude, und alle Augen richteten sich nach Frankreich, wo sie den Tag der Erlösung voraussahen; andere Nationen werden in Kurzem diesem heiligen Beispiel folgen, weil sie schon zu dieser Ueberzeugung gelangten, daß der gerechte Gott nicht dazu die Welt erschuf, daß einige Völker darauf glücklich, die andern aber elend in schimpflicher Sklaverei leben sollen, sondern dazu, daß alle gleiche Freiheit und gleiches Glück als die von Gott, diesem barmherzigen Vater, für alle seine Kinder verliehenen Gaben genießen.

Die Könige und der Deutsche und Moskowitische Kaiser, als Bedrücker und Feinde der Völker, schäumten vor Wuth und schwuren gotteslästerlich Frankreich und der Freiheit den Tod. Und werden sie ihre Soldaten, Sklaven, als unvernünftige Thiere hineinführen, damit sie für ihren Gewinn und ihren Stolz diese Mordthat ausüben.

Brüder! auch euch führt der Preußische König im Gemenge mit den Deutschen und Moskowiten in den Krieg gegen die Franzosen, damit ihr sie und ihre Freiheit, folglich auch die Feiheit unseres Polnischen Vaterlandes, erschlagen möchtet.

Denn wer weiß unter euch nicht, daß Frankreich, nach Verjagung seines Königs, des Tyrannen, frei und glücklich, die Hand dem unterdrückten Polen reichen, wie es dies schon vor vier Jahren gethan hat, und ihm helfen wird, seine Tyrannen zu verjagen und frei und selbstständig zu sein?

Ihr wißt auch, daß Frankreich Tausende unserer Brüder, welche ihr Vaterland vor dem Grimm der bösen Feinde verließen, gastlich aufnahm. Diese also unsere emigrirten Brüder werden dort mit Hülfe der Franzosen Polnische Legionen errichten, um bei erster Gelegenheit bewaffnet zur Hülfe des Vaterlandes zu eilen, sobald dasselbe sich erhebt, um seine Tyrannen, Eroberer, die es zerrissen, zu vertreiben.

Wenn ihr sonach gegen die Franzosen euch aufstellt, bedenkt, daß unter der Preußischen Montirnng, die euch bedeckt, ein Polnisches Herz schlägt — daß

ihr Polen seid, daß euch Gott nicht dazu geschaffen hat, um des Interesses des Preußischen Königs, unseres Feindes, willen das Leben eurer Brüder und euer eigenes in Gefahr zu setzen. Bedenkt, daß jeder Schuß, jeder Säbelhieb von eurer Hand, den Polen, einen Polnischen Legionisten, euren Bruder treffen könnte, daß also diese ausgetheilten Streiche eine Mordthat eures eigenen Vaterlandes sein würden — daß ihr Verräther dieses Vaterlandes sein würdet und der fürchterlichste Fluch von Gott und der Nation auf eure Köpfe fallen würde.

Eure heilige Pflicht ist es also, ihr Brüder, die Preußischen Reihen, denn es sind die Reihen des bösen Feindes eures Vaterlandes, zu verlassen und zu den Franzosen überzugehen, welche euch mit den Polnischen Legionen vereinigen werden. In Erfüllung dieser heiligen Pflicht laßt euch dadurch nicht abhalten, daß ihr dem König von Preußen den Eid geschworen. Denn der König von Preußen ist ein Feind eures Vaterlandes und eurer Religion. Er ist es, der mit dem Moskowiter und dem Oesterreicher gemeinschaftlich euer Vaterland gemordet, eure heilige Religion zertreten und den Polen den Eid der Treue für sich aufgedrungen hat. Brüder! der allmächtige Gott befahl die Treue, den Gehorsam und die Liebe nur für die Religion und für das Vaterland, aber nicht für dessen böse Feinde.

Das Nichtbrechen eines solchen Eides ist daher eine Sünde, das Einhalten desselben dagegen würde eine Niederträchtigkeit und eine schwere Todsünde sein, die Gott nie vergeben kann. Brechet also, Brüder, diesen gotteslästerlichen Eid, wie die Polnische Armee im Jahre 1830 den ihr aufgedrungenen Eid rücksichtlich des Moskowitischen Czaars, wie ihn jetzt die Französischen Soldaten rücksichtlich ihres Königs gebrochen haben.

Und bei der ersten Gelegenheit, wie ihr könnt, verlasset die Preußischen Reihen und eilet, die Reihen der Polnischen Armee, wo ihr nur von ihr hört, zu vermehren; denn in diesen werdet ihr kämpfen, so wie es Gott befiehlt, für eure Religion und für euer Vaterland.

Und wenn wir mit Hülfe der Mutter Gottes die Moskowiter, Oesterreicher und Preußen, unsere bösen Feinde, verjagen, dann werden mit ihnen auf ewig von unserer schönen und fruchtbaren Polnischen Erde die Frohndienste und jede derartige Bedrückung und die Knechtschaft des Volkes verschwinden. Alle die Edelleute, Bürger und Bauern werden nur Brüder sein, als Söhne einer Mutter, Polens, und wird für alle ohne Unterschied eine gleiche Freiheit, gleiche Rechte und gleiche Unabhängigkeit erblühen. Alsdann, Brüder, wenn ihr in die Mitte eurer Familien zurückkehrt, so werden euch unter Triumph und mit Freudenthränen eure Mütter und eure Schwestern bewillkommnen, während eure Väter mit Stolz im Herzen auf euch als ihre ruhmbekränzten Söhne hinweisen. Das befreite Vaterland hingegen wird euch reichlich belohnen und euch zu seinen Erlösern zählen.

Möge Gott die Polen segnen, und wenn wirschon für die Sünden unserer Vorfahren und für die eigenen genug gelitten haben, gestatte, o Gott, den wir mit Ergebung anflehen, daß zu Deiner Ehre und Deinem Ruhme, sowie zum Glücke des bis jetzt schwer bedrückt gewesenen, Dich aber stets liebenden Polnischen Volkes die Polnische Republik vom Tode auferstehe."

Der vereinigte Landtag war inzwischen zusammengetreten; er sollte ursprünglich die Wahlen für das Frankfurter Parlament treffen, die Posener Abgeordneten konnten sich nicht einigen, und es entstand jene bekannte ilio in parles der Nationalitäten; am 7. April faßte die Bundesversammlung einen neuen Entschluß, daß die Nationalvertretung nicht aus Landtags- sondern aus Urwahlen vor sich gehen solle, es wurden darum die vom Landtag getroffenen Wahlen aufgehoben.

„Dies hatte für das Großherzogthum Posen die wesentliche Folge, daß es von einer Theilnahme an der Deutschen Nationalrepräsentation völlig ausgeschlossen war. Die Aufnahme von Ost- und Westpreußen in den Deutschen Bund war durch die Provinzialstände beantragt, vom Könige genehmigt und unterlag keinem Zweifel. Mit der Beseitigung der Landtagswahlen wurden die Erklärungen der Vertreter der Deutschen Kreise des Großherzogthums Posen, die seit dem 7. April bereits einen Antheil an der Deutschen Volksrepräsentation erworben zu haben hofften, erledigt. — Der nahe Zusammentritt des Deutschen Parlaments und die unverzüglich dazu angeordneten Urwahlen wurden aber wesentliche Beweggründe, die Deutschen Eingebornen der Provinz Posen anzuregen, den Ausschluß von der Polnischen Reorganisation und die Aufnahme in den Deutschen Bund immer dringender, immer ungestümer zu fordern. Die Erklärungen des Vorparlaments zu Frankfurt, „die Posensche Angelegenheit als offene Frage zu betrachten und eine Beschlußnahme über Polen dem Parlament anheimzustellen" waren geeignet, das Begehren der Deutschen des Großherzogthums zu steigern, auch bei diesem Parlament ihrerseits Sitz und Stimme zu erhalten."

„Die Regierung mußte die Scheidung beschließen, da beiden Nationalitäten in dem 1815 gestifteten Provinzialverbande ihr volles Recht nicht zu Theil werden konnte; aber sie durfte diesen Beschluß in keinem früheren Zeitpunkte fassen, als bis derselbe durch die Nothwendigkeit geboten war."

Während der Zeit des Landtags war „ein zwischen beiden Nationalitäten drohender Bürgerkrieg unvermeidlich, sobald die Regierung rücksichtslos den Anträgen des einen oder des andern Theils Gehör lieh. Wurde den Polen gewillfahrt, so erhob sich die Deutsche Bevölkerung, allen Schutzes baar und von einer Deutschen Regierung sich preisgegeben glaubend, zu verzweiflungsvoller Gegenwehr wider jede Maßnahme der Polen. Gingen die Wünsche der Deutschen in Erfüllung, so konnten die Hoffnungen der Polen, denen noch kaum die Aussicht auf eine freiere Zukunft eröffnet worden, nur zu leicht vernichtet werden. Weder das eine, noch das andere Extrem entsprach der Absicht der Regierung, welche friedlich und ohne Verletzung Deutscher Interessen den Polen Gerechtigkeit angedeihen lassen wollte.

Die Regierung ging also davon aus, den obwaltenden unerträglichen Zustand im Großherzogthum auf unblutige, aber doch möglichst durchgreifende Weise zu beseitigen."

In einer Sitzung des Minister-Raths vom 30 März wurde die Behandlung der Posner Frage erörtert. „Das Vertrauen der Polen auf die redlichen Intentionen der Regierung zu gewinnen, war demgemäß das durchgreifendste, zugleich lauterste Mittel zum Zweck zu gelangen, d. h. zunächst zur Pazifikation, sodann zur Reorganisation. Das Staats-Ministerium beschloß in diesem Sinne, den General-Major von Willisen, welcher des Zutrauens der Polen in hohem Grade sich erfreute, als Königlichen Reorganisations-Kommissarius nach dem Großherzogthum Posen zu entsenden, der Oberpräsident von Beurmann wurde dagegen auf seinen, durch die Verhältnisse motivirten Wunsch von dem Auftrage, als Vorsitzender die Geschäfte der Reorganisations-Kommission zu leiten entbunden."

Herr v. Willisen bekam die damals durch die Zeitungen bekannt gewordene Instruktion, dem Oberpräsidenten v. Beurmann wurde auf seinen Wunsch v. Willisen zum Nachfolger im Vorsitz der Reorganisations-Commission gegeben, indeß schrieb der Minister an v. Beurmann noch gleichzeitig: „Euer Hochwohlgeboren benachrichtige ich, daß mir so eben eine Bekanntmachung des sogenannten nationalen Central-Comite's vom 1. d. M. zugegangen ist, welche wichtige Privatrechte zu gefährden droht (s. oben). Euer Hochwohlgeboren ersuche ich, mir schleunigst anzuzeigen, ob bereits von Seiten der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden gegen dieses gesetzlose Treiben des Comite's eingeschritten ist, indem ich Sie zugleich benachrichtige, daß der Herr von Willisen angewiesen worden ist, die Aufhebung des gedachten Comitee's, wenn es nicht schon geschehen sein sollte, herbeizuführen." Willisen traf am 5. April Abends in Posen ein.

** Posen den 4. Juli. Wir haben lange Zeit die Unternehmungen der polnischen Partei in der Provinz außer Auge gelassen; in der That hatte diese ja auch den Schauplatz ihrer Thätigkeit aus der Provinz weg nach ganz Deutschland verlegt, und wie sie dort gewirkt, bekundet die gesammte deutsche Presse laut genug. Konnten noch Sympathien zerstört werden, so ist es durch die bekannten neuesten Ereignisse in Berlin, Prag u. s. w. geschehen, und ein Blick auf sämmtliche nennenswerthe deutsche Zeitungen wird lehren, daß dieselben ihre Aufgabe jetzt darin erkennen, Deutschland vor Fremden zu warnen, die es an den Rand des Abgrunds bringen wollen. Wir haben viele Artikel, welche die Augsburger, die Gervinus, die Deutsche Allgemeine, die Kölner Zeitung und Andere über die polnischen Umtriebe in Deutschland brachten, nicht abgedruckt, weil sie bei aller Wahrheit ihrer Mittheilungen unser Organ auf einen Standpunkt gestellt hätten, den wir nicht einzunehmen wünschen. Man verkenne den Ausspruch nicht; nicht etwa wollen wir parteilos sein; im Gegentheil stehen wir ganz entschieden ein für die deutschen Interessen, und wir gehen so weit, die deutschen Bestrebungen, selbst wenn sie einen Parteicharakter annehmen, für gerechtfertigt zu halten. Es geht uns aber darum, unser Deutschthum ruhig und würdevoll, wie es der großen Sache gebührt, zu verfechten, ohne Aufreizungen durch Thatsachen, auch wenn diese wahr sind, und wir fürchteten die Aufreizung, wenn wir jene Artikel in unseren Spalten wiedergegeben hätten. — Der Eindruck, den das polnische Auftreten in Deutschland gemacht hat, läßt sich in dem zusammenfassen, was die vorgestrige Kölnische Zeitung in ihrem Leitartikel darüber sagt: „Unsere Sympathie für eine unterdrückte Nation darf uns nicht blind noch wehrlos machen gegen die gehässigen Umtriebe, mit welchen ihre entarteten Häuptlinge blutige Gräuel und einen europäischen Brand überall zu schüren bemüht sind. Bedarf es mehr schlagender, kräftigerer Worte? In diesem einen Satze koncentrirt sich die Meinung der gesammten Presse, und alle Versuche, dieselbe hierin zu erschüttern, zeugen bloß von der Unfähigkeit derer, die es unternehmen.

Man irrt übrigens, wenn man glaubt, die Thätigkeit der Partei in der Provinz Posen habe aufgehört, sie ist im Gegentheil, wenn auch ohne bedeutende äußere Zeichen, nach wie vor rege. Die in unserer gestrigen Frankfurter Korrespondenz erwähnte „Adresse der Deutschen" in Posen an die Frankfurter Nationalversammlung wegen Nichtanschlusses an Deutschland ist wirklich unterschrieben und, wie es heißt, bereits abgegangen. Nur legen wir ihr nicht die Bedeutung bei, die unser Korrespondent ihr beizulegen scheint, und haben den Vorgang bisher unberücksichtigt gelassen. Man muß das nach Form und Inhalt gleich unbedeutende Machwerk gelesen haben, und es dann in Zusammenhang bringen mit der Weise, wie es unterzeichnet wurde. Man muß wissen, wie „in aller Stille" Unterschriften gesammelt, und dazu die zur Johannisversur an den Ecken stehenden polnischen Lohnbedienten in ein bestimmtes Haus zum Unterzeichnen gebracht wurden, man muß alle Mittel, die zum Erlangen von Namen benutzt wurden, kennen, um den richtigen Begriff von der voraussichtlichen Wirksamkeit der Adresse zu erlangen. Ob „einige Deutsche" sie unterschrieben haben, wissen wir nicht; ist es geschehen, so dünkt dies uns wenigstens nichts Neues, wir haben ja solche Deutsche unter uns kennen gelernt. Die scheinen am Wenigsten schädlich! Bei dem durchweg gesunden, vaterländischen Sinn der hiesigen deutschen Bevölkerung kömmt es auf ein Paar verkommene Söhne gewiß nicht an. Die Adreßangelegenheit scheint uns nicht vieler Mühe werth, wohl aber die wirkliche Wahrung der deutschen Sache, und hierin wird fortan unsere Hauptthätigkeit bestehen.

II Meseritz, den 2. Juli. Der Breiten-Straße gegenüber befindet sich im K. Schlosse zu Berlin ein großer Saal. An einen Pfeiler des Balkonfensters gelehnt, beobachtete der Correspondent am 23. März d. J., mehrere Stunden hindurch, das geschäftige Treiben der hier ab- und zuwogenden Menge, die bei Sr. Majestät oder bei den Ministern Audienz verlangte.

Da traf, den Erzbischof an der Spitze, eine gemischte Deputation aus Posen ein.

„Was kümmern uns diese Minister! — Wir wollen polnische Minister nach Posen, wollen zu Preußen in keinem andern Verhältnisse stehen, als Ungarn zu Oesterreich!"

rief ein Glied derselben, schon beim Eintritte, mit einer Stimme, deren Ton im Gewölbe des Saales wiederhallte, und bald darauf machte sich die weitere Forderung: „Die Russen stehen an der Grenze! Wir sind keinen Augenblick sicher! Wir müssen Waffen haben!" geltend.

Die Ansprüche auf staatliche Selbstständigkeit, eigne Verfassung und Wehrhaftigkeit des Großherzogthums Posen waren in diesen Worten erhoben; — für die Sache der Deutschen machte sich dabei keine Stimme geltend.

Des Correspondenten Auftrag war damals schon, die Lostrennung der Kreise Meseritz und Birnbaum vom Großherzogthum Posen zu erwirken, weil das erfolgte Herabreißen der Preußischen Adler, das Wegjagen Preußischer Beamten und die Organisirung bewaffneter Banden in der Nähe dieser Deutschen Kreise begonnen hatte, und Massen Deutscher Flüchtlinge vom Treiben der Polen Zeugniß gaben.

Auf die Forderung, ein Heer aus Eingebornen (d. h. Polen) organisiren zu dürfen, schienen die Polnischen Deputirten den größten Nachdruck zu legen.

Fürst Lichnowski, im Saale anwesend und Zeuge dieser Expectorationen, legte einem Gliede der Deputation die Hand auf die Schulter und sagte: „Ich komme direkt aus Wien und habe sichere Kunde. Mein Ehrenwort darauf, kein Russe kommt über die Grenze!“ aber seine Worte fanden keinen Eingang. Die Polen wollten Waffen, wollten das Recht, ein Polnisches Heer zu schaffen, und der fingirte Feind an der Grenze sollte ihre Forderung unterstützen. Ihre beabsichtigte Bewaffnung galt, wie die Folge documentirte, nicht den Russen; sie war bestimmt, ihren alten Forderungen gegen Preußen Nachdruck zu geben. Das eingeschüchterte neue Ministerium, durch Gerüchte irre geleitet, maß, leider! ihrer noch im Entstehen begriffenen Agitation damals schon eine Bedeutung bei, die ihn durchaus nicht zukam, und mochte dadurch zu manchen übereilten Zugeständnissen verleitet werden. Vielleicht haben selbst unsere Beschwerden zu dieser Ueberschätzung mit beigetragen. Man bezog, was örtlich vorging, auf die ganze Provinz. Die Deutschen Glieder der Deputation, von denen ich nur den Landgerichts-Rath Boy aus Posen erkannte, verhielten sich indifferent.

Am 24. März war ich Zeuge, als die Deputation aus dem Zimmer des Ministers v. Auerswald die verhängnißvolle Reorganisationsordre brachte, welche sofort von mehreren Gliedern mit Bleistift in Taschenbücher copirt wurde. Das Weitere ist bekannt. Das gewaltthätige Treiben der Polen hatte mithin schon vor der zugestandenen Reorganisation begonnen, und die unmittelbar darauf folgenden Tage bewiesen, was der Pole unter nationaler Reorganisation verstand, und welches Geschick den Deutschen erwartete. Polnische Heere unter Polnischen Offizieren, Polnische Beamten standen in Aussicht; — der Deutsche zählte nicht mehr in den Augen dieser Herren. War es ein Wunder, wenn nun auch der Deutsche seiner Apathie sich entschlug und der Reorganisation im Polnischen Sinne sein Veto entgegensetzte? — Er verdiente die Schmach eines Polnischen Jochs, wenn er ruhig ertrug, was Polnischer Adel und Clerus über ihn zu verhängen beabsichtigte.

≙ Berlin, den 2. Juli. Werden die Schauder der Pariser Ereignisse uns zur Lehre gereichen? Wird die mit Kanendonner redende und Blut in Blut malende Geschichte neben uns die tölpelhaft „eigensinnige Mißachtung der tausendjährigen, hinter uns liegenden Erfahrungen verscheuchen? Man sollte es meinen. Man sollte glauben, daß die Französische Tragödie verständlich genug sei, um nicht erst durch eine wiederholte Aufführung auf Deutschem Gebiete uns verdollmetscht werden zu müssen. Leider ruht diese Erwartung nicht auf allzufestem Grunde. Hat ja doch noch vor einigen Tagen Herr Held in einer Bewerbungsrede um die Stelle eines Bürgergenerals die, ich weiß nicht ob frech oder kindisch zu nennende, Aeußerung pathetisch hingeworfen: „Sie fragen mich, ob ich republikanisch oder konstitutionell-monarchisch gesinnt sei? Meine Herren, ich will gar keinen Staat!“ Und diese Rede hat keinen geringen Enthusiasmus hervorgerufen; und Herr Held ist außer Rimpler der einzige Kandidat des vorerwähnten besoldeten Ehrenamtes. Jetzt also, wo nur die Strenge des Gesetzes und die Entschiedenheit der Regierung, Wissenschaft und Kunst nebst all den mühsamen Früchten des civilisirten Menschengeistes vor dem zerstörenden Umsichgreifen jener mit schreckender Eile anschwellenden Pestbeulen der Europäischen Menschheit zu bewahren geeignet sein kann, jetzt findet man Beifall, wenn man Anarchie predigt. Denn was Anderes kann mit jener Redensart gemeint sein und was Anderes hat es in Paris gegeben, als einen Kampf zwischen Barbarei und Kultur? — Man muß sagen, die Regierung thut das Mögliche, um uns vor einem solchen Kampf zu behüten, möge das Volk, in dessen Händen jetzt mehr als ehedem sein eigenes Wohl ruht, ihr zur Vollziehung ihrer wohlthätigen Maßregeln behülflich sein. Schon sind an 2500 Arbeiter zur Ausführung mehrerer Erdarbeiten aus Berlin nach den Provinzen geschickt worden, und wenn gestern einige hundert zu demselben Zwecke von den hiesigen Baustellen entlassene Arbeiter gleich den Parisern erklärt haben, am Orte bleiben und nur um Tagelohn arbeiten zu wollen, so werden sie es sich selber zuzuschreiben haben, wenn man eines Tages mit Entsetzen wahrzunehmen gezwungen seyn wird, daß in Lycurgs Staatsverfassung Weisheit gewesen, so werden sie oder ihre Hetzer es selber veranlassen, wenn man vielleicht auf Berlin wird anwenden können, was dieser Tage ein geistreicher Bekannter gegen mich äußerte mit den Worten: „Die Republik schießt gut.“

△ Frankfurt, den 29. Juni. Gestern $2\frac{1}{2}$ Uhr wurde die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser verkündet. Der Moment war erhebend, wie der ganze Wahlakt. Bei der Verkündigung ertönten die Domglocken durch die feierliche Stille. Es hatte sich Aller das Bewußtsein einer großen That bemächtigt, und der tiefe Klang der Glocken, die so oft in vergangenen Zeiten zur Kaiserwahl geläutet hatten, verfehlte den Eindruck auf die empfänglichen Gemüther nicht. Die sechs Abgeordneten zur Begrüßung und zur Ueberbringung der Reichsbotschaft an den Erzherzog sind bereits gewählt, auch der Bundestag hat ein Schreiben an den Reichsverweser erlassen. Glückauf!

Die Achtung vor Preußen, je mehr frei man es von allem Egoismus weiß, steigt. Ich habe in großen Kreisen von Bedeutung mit Wärme und Anerkennung vom Staate und dem Könige reden hören, und es kehrt das Urtheil gewiß rasch in das Bett zurück, aus dem es Einige mit aller Gewalt haben drängen wollen. Noch steht Preußen eine große Zukunft in Deutschland bevor!

Die Polen haben sich größtentheils verzogen, theils nach Berlin, theils nach Dresden. Ihre Pläne bleiben hier, mit allen Mitteln die Abgrenzung zu hintertreiben und die vollständige Aufnahme der Provinz in den Bund zu bewirken. Aber man verkennt hier nicht „die sich selbst zur Gabe bringenden Danaer.“ — In dieser Woche kömmt noch die Böhmische Slawenfrage zur Verhandlung und Ende nächster Woche die Posener Angelegenheit.

Frankfurt a. M., den 1. Juli. Nachdem am 29. Juni die Erwählung des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser stattgefunden hatte, wurde die Sitzung geschlossen und um $5\frac{1}{4}$ Uhr durch den Präsidenten v. Gagern wieder eröffnet. Die von dem Bureau bezeichneten Mitglieder der an den Erzherzog Johann von Oesterreich zu sendenden Deputation sind: v. Andrian aus Wien, Jucho aus Frankfurt, Raveaux aus Köln, Franke aus Schleswig, v. Saucken-Tarputschen aus Angersberg, Rotenhan aus München und Heckscher aus Hamburg. Nach dem Vorschlage des Präsidenten wird die Eröffnung an den Erzherzog Johann durch Mittheilung des gestern beschlossenen Gesetzes und des Protokolls der heutigen Sitzung erfolgen. Der Präsident verkündigte als Tagesordnung der nächsten auf morgen früh anberaumten Sitzung die Wahl des Präsidenten und der Vice-Präsidenten. Zur Bestimmung der Tagesordnung für übermorgen wurden die bereit liegenden, bereits bekannten Berichte verlesen. Neuwall von Wien schlug vor, mit der Berathung über die Grundrechte zu beginnen. Jetzt haben wir ein Oberhaupt, welches die Volksrechte vertreten soll, aber noch keine Rechte. Die Anfrage eines Mitglieds, ob es Einzelnen gestattet sei, sich freiwillig der Deputation nach Wien anzuschließen, wurde mit vielstimmigem Nein beantwortet. Schluß der Sitzung $5\frac{1}{2}$ Uhr.

28ste Sitzung der deutschen National-Versammlung am 30. Juni. Die Sitzung wurde um $9\frac{1}{2}$ Uhr von dem Präsidenten v. Gagern eröffnet. Kolb von Speier begründete die Dringlichkeit eines bereits früher übergebenen Antrags, Aufhebung des von der Oesterreichischen Regierung erlassenen Geldausfuhrverbots in Bezug auf das übrige Deutschland. Bereits der Funfziger-Ausschuß hat durch die Bundesversammlung ein desfallsiges Ersuchen vermittelt; alsdann beruhte die Sache auf sich, da man ohnehin eine baldige Aufhebung erwartete. Diese fand aber nicht statt. Der Redner stützte seinen Antrag, dem volkswirthschaftlichen Ausschuß beschleunigte Berichterstattung zu empfehlen, auf die von ihm hervorgehobenen Nachtheile für Handeltreibende, Fabrikanten ꝛc., von denen manche ihre Zahlungen deshalb einstellen mußten. Kuranda wollte Erläuterungen über die der Oesterreichischen Regierung durch die Nothwendigkeit gebotene Maßregel geben; der Präsident schnitt dieselben, als auf die Sache selbst eingehend, ab. Dem Antrag Kolb's wurde entsprochen. Es wurde nunmehr zur Wahl der Präsidenten geschritten. Bei dieser erhielt bei 487 Stimmenden Heinrich v. Gagern 399, Heinrich Simon von Breslau 68, Robert Blum 12 Stimmen; Dahlmann, Gritzner, Heckscher, Fürst Lichnowsky, v. Radowitz, v. Vincke je eine Stimme, v. Soiron zwei Stimmen. v. Soiron, der den Vorsitz während der Abstimmung führte, verkündigte H. v. Gagern als Präsidenten. (Stürmischer Beifall.) v. Gagern: Es wird mein Bestreben sein, das Vertrauen, das Sie mir wiederholt bewiesen haben, stets zu rechtfertigen; ich danke Ihnen dafür. (Bravo!) Bei der hierauf vorgenommenen Wahl des ersten Vice-Präsidenten erhielt bei 483 Stimmenden v. Soiron 359 Stimmen, Robert Blum 104 Stimmen, Heinrich Simon 8 Stimmen, v. Neuwall 4 St., v. Andrian 4 St., v. Radowitz, Simon von Trier, Rotenhan je 1 St. v. Soiron wurde als erster Vice-Präsident von dem Präsidenten verkündigt. (Beifall). v. Soiron: Ich danke für das ehrenvolle Vertrauen, ich werde es durch treue und gewissenhafte Pflichterfüllung rechtfertigen. (Bravo!) Zu der Wahl des zweiten Vice-Präsidenten waren 478 Stimmzettel abgegeben, von denen drei verloren gingen (zwei waren für von Soiron, einer ohne Namensbezeichnung.) von Andrian erhielt 277 Stimmen, Heinrich Simon 182 Stimmen, Rotenhan 2 St., Robert Blum 3 St., v. Möring 2 St., Heckscher 2 St., Hergenhahn 1 St., v. Neuwall 1 St., Kirchgeßner 1 St., Flottwell 1 St., Beda Weber 1 St., v. Römer 1 St., Mittermaier 1 St. v. Andrian wurde als zweiter Vice-Präsident vom Vorsitzenden verkündigt. Ueber Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung entspann sich eine Diskussion, an welcher Jordan von Berlin, Jaup und Neubauer ꝛc. Theil nahmen. Es wurde von mehreren Seiten die sofortige Berathung der Grundrechte verlangt. Der Präsident schlug wegen Beurlaubung vieler Mitglieder für den nächsten Tag vor, die Berathung auf die künftige Woche zu verschieben. Mit Zustimmung der Versammlung wurde für die auf morgen, den 1. Juli, früh 9 Uhr festgesetzte Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt: 1) Interpellation Voigt's wegen des Verhältnisses zu Frankreich, 2) ein Antrag von Arndt, 3) die Wahl (Hecker's) in Thiengen (Baden), 4) und 5) zwei Berichte des Ausschusses für die österreichisch-slavische Frage, und eventuell ein Bericht des Petitions-Ausschusses über Niedersetzung eines besonderen Ausschusses für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten. Schluß der Sitz. 1 Uhr.

München, den 27. Juni. Seit einiger Zeit fanden Volksversammlungen in der Vorstadt Au auf dem Franziskanerkeller statt. Die Bürger der Vorstadt Au haben nun so eben durch öffentlichen Anschlag erklärt, daß sie sich künftig solche Versammlungen verbitten, da sie mit der Tendenz derselben nicht übereinstimmen können. Kürzlich ließ man nämlich in einer der Versammlungen die Republik leben. Das war den Auern zu bunt; sie sind freisinnig, aber mit Maaß und Ziel.

Apenrade, den 28. Juni. Nachdem die Tannschen und Aldosserschen Freischaaren diesen Morgen nach Norden ausgerückt waren, ist der Prinz Friedrich mit 5 Schwadronen Kavallerie, 2 Bataillonen Infanterie, einer Batterie von 8 Kanonen und dem Bracklowschen Schützen-Korps hier wieder eingezogen, um morgen weiter nach Hadersleben zu gehen. Wie man hört, hat sich gleichzeitig im Westen Alles in Bewegung gesetzt, und die Preußen und Bundestruppen folgen.

Vorgestern Abend wurden in der Ferne 7 feindliche Schiffe bemerkt, und da eine Landung als möglich vorausgesetzt ward, wurden von dem Major v. d. Tann sofort die nöthigen Vorsichts-Maßregeln zur Vertheidigung der Stadt angeordnet. Die Barrikaden wurden geschlossen, die benachbarten Häuser besetzt u. s. w. Aber die Nacht verging, ohne daß sich ein Feind blicken ließ, und die Schiffe sollen ihren Lauf nach Sonderburg gerichtet haben.

Apenrade, den 30. Juni. (Börs.-H.) Bei Hadersleben hat ein Rencontre zwischen dem von der Tannschen Corps und Dänischen Truppen stattgehabt, worin letztere geschlagen worden sind. Das von der Tannsche Corps ist am 30. Morgens in Hadersleben eingerückt, die Dänen sind auf dem Marsch nach Fühnen.

Von der Etsch, den 25. Juni. Gestern und heute soll von Verona und Roveredo aus mittels einer combinirten Bewegung gegen Rivoli die Oeffnung der nun schon 14 Tage gesperrten Hauptstraße durch das Etschthal wiedergewonnen werden. Diese ziemlich glaubwürdige Nachricht hat die seit ein paar Tagen verbreitete Kunde über den nahen Abschluß eines Waffenstillstandes widerlegt. Der Fall von Padua hat auch jenen von Rovigo nach sich gezogen, wie heute eingetroffene Briefe bestätigen. (A. Z.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 28. Juni. Die Hauptstadt ist fortwährend ruhig; der Verkehr ist in allen Vierteln hergestellt, und die Straßen haben ihren gewohnten Anblick wieder gewonnen. Stets trifft man eine große Menschenmasse auf den Stellen, wo die Haupt-Episoden der eben verflossenen beklagenswerthen Tage sich zugetragen haben. Namentlich bemerkt man viele der neuen National-Gardisten aus den Departements. Die Zahl der eingekerkerten Insurgenten beträgt schon etwa 6500. Sie erwarteten in Folge des Belagerungszustandes sofort vor ein Kriegsgericht gestellt und erschossen zu werden. Anfangs zeigten sie eine gewisse Anmaßung; gleich darauf aber bekundeten sie tiefe Niedergeschlagenheit, und in den Verhören, die auf der Polizei und in der Orangerie der Tuilerieen unablässig fortdauern, behaupten Alle, blos zufällig unter die Meuterer gerathen zu sein und an keinen Aufstand gedacht zu haben. Wie es heißt, wird das in der gestrigen Abendsitzung genehmigte Transportations-Dekret unverzüglich zur Ausführung gebracht werden. Man will angeblich sämmtliche Gefangenen nach Otaheiti und den Marquesas-Inseln transportiren. Nur die für die Industrie nöthigen Arbeiter sollen in Paris bleiben dürfen. Zugleich wird man auch die Masse von freigelassenen Sträflingen, schon bestraften Dieben und sonstigen Gaunern, deren Zahl sich auf 22,000 belaufen soll, so viel irgend thunlich aus der Hauptstadt wegschaffen, da gerade sie, wie auch diesmal, das gefährlichste und verwegenste Element jeder Emeute bilden. Gestern Nachmittag und Abend wurden zwei Transporte Gefangener aus den Tuilerieen unter starker Truppenbedeckung nach Fort Montrouge abgeführt. Man hat bei den Insurgenten bedeutende Summen in Gold gefunden; ein auf den Barrikaden vorgestern gefangener Mann hatte 7—8000 Fr. in Gold bei sich. Ein junger Mensch, den man festnahm, hat ausgesagt, daß alle Arbeiter der National-Werkstätten für jeden Kampftag 25 und die Brigadiers 50 Fr. empfangen hätten; außerdem war ihnen allgemeine Plünderung versprochen. Den Arbeitern in der Umgegend von Paris hatte man ebenfalls 25 Fr. täglich angeboten, was sie jedoch ablehnten. In das Gehölz von Vincennes sollen sich 7—8000 Insurgenten geflüchtet haben; man wird sie aber heraustreiben und hoffentlich der Mehrzahl habhaft werden. Den strategischen Plan des Aufstandes soll Kersausie entworfen haben, der sich um die Oberstenstelle der 12. Legion bewarb. Man glaubt, daß der Belagerungs-Zustand noch einige Tage dauern wird, um die Entwaffnung und die Haussuchungen zu erleichtern. Schon soll Befehl zur Ausrüstung einer Fregatte und zweier Last-Korvetten ergangen sein, auf welchen man die gefangenen Insurgenten an den Ort ihrer Bestimmung bringen will. Die im Schoße der National-Versammlung gebildete Untersuchungs-Kommission hat schon mehrere höchst wichtige Aussagen gesammelt. Dem General der Mobilgarde, Damesme, ist das Bein abgenommen worden. Ein Bataillons-Chef der Mobilgarde rettete vorgestern noch rechtzeitig 30 seiner Waffenbrüder, die man in die weiten Oefen einer Töpferei der Straße Roquette eingesperrt hatte und lebendig verbrennen wollte. Das Feuer war schon seit einer Viertelstunde angezündet. Die Boulevards vom Thore St. Denis bis zur Bastille sind ein förmliches Lager: Reiter aller Waffen stehen dort auf Piket; in den Quer-Alleen liegt Stroh, auf welchem die Soldaten schlafen. Ueberall sind Schenken errichtet. Die National-Garden von Rouen, Amiens und Havre haben gestern ihre Heimfahrt angetreten. Die Zahl der aus der Provinz hier anwesenden National-Gardisten beträgt 50,000, worunter 10,000 aus dem Departement Seine und Marne. Noch immer treffen National-Garden ein, selbst aus Entfernungen von 80 und 100 Stunden. Marschall Soult zieht täglich ein Dutzend der fremden National-Gardisten zur Tafel; alle Reichen in der Vorstadt St. Germain folgen seinem Beispiele. Vorgestern wurden über 500 Leichname, meistens ganz nackt, auf bedecktem Wagen nach dem Kirchhofe Montmartre gebracht. Die Zahl der Todten und Verwundeten ist noch nicht bekannt; man rechnet, daß die Insurgenten wegen ihrer überall gedeckten Stellungen kaum einen Todten zählten, während ihre Gegner 14 bis 15 einbüßten. Unter den gestern Verhafteten sind Kersausie und Lebon. Man hat heute die National-Garden von Belleville und La Villette entwaffnet. Bourdon, Redakteur des „Faubourien," eines ultrademokratischen Blattes, ist heute an den Wunden gestorben, die er als Führer einer Insurgenten-Bande davontrug. Unter acht auf der Barrikade der Vorstadt Poissonniere gefundenen Todten hat man fünf als Zwangssträflinge erkannt; einer von ihnen rief sterbend: „Welch' Unglück, sich für zehn Franken tödten zu lassen!" Eine Anzahl Insurgenten sollen in die unterirdischen Gewölbe des Pantheon geflüchtet sein, wo sie jedoch der Hunger bald zur Uebergabe zwingen wird. Am Luxembourg bivouacquirten diese Nacht vier Generale, worunter Gourgaud, in den Reihen der National-Garde.

Paris, den 29. Juni. Auf dem Eintrachtsplatze hielt gestern der Chef der vollziehenden Gewalt, General Cavaignac, Revue über 30,000 Mann National-Garden der Departements; 17 Städte und einige Gemeinden des Cher-Departements waren dabei durch ihre bewaffneten Bürger vertreten.

— Der heutige „Moniteur" enthält folgende Berichtigung von Gerüchten: „Einige Journale haben gemeldet, es seien mehrere Weiber dabei festgenommen worden, wie sie eben den Soldaten vergifteten Branntwein verkauft hätten. Allerdings haben solche Verhaftungen stattgefunden, aber es muß bemerkt werden, daß die chemische Zersetzung, welche Herr Pelouze angestellt, aufs bestimmteste ergeben hat, daß in dem in Beschlag genommenen Branntwein kein Giftstoff befindlich war. Man hat auch berichtet, es sei am 27. Juni eine Marketenderin verhaftet worden, unter der Anklage, im Stadtviertel Gros-Caillou vergifteten Branntwein verkauft zu haben; dieselbe habe den lebhaftesten Widerstand geleistet, man habe ihr aber nicht die Zeit gelassen, Gebrauch von einem Pistol zu machen, und dergl. Die im Viertel Gros-Caillou Verhaftete ist keine Marketenderin, sie verkaufte keinen Branntwein, sie war nur von Branntwein betrunken. Falsch ist es auch, daß seit dem Ende des Kampfes irgend ein Gefangener erschossen worden wäre. Die letzten Tage, die wir durchlebt, sind von nur zu viel schmerzlichen Ereignissen bezeichnet, so daß man sich glücklich fühlen muß, dergleichen Angaben widerlegen zu können."

— Im „Konstitutionnel" liest man: „Herr Senard, Präsident der National-Versammlung, hat mit einer gerechten Entrüstung von den durch die Insurgenten verübten Grausamkeiten gesprochen. Die sichersten Erkundigungen erlauben nicht mehr, diese Exzesse in Zweifel zu ziehen, welche man den Annalen der Amerikanischen Wilden entlehnt glaubt. Man erzählt sich den Mord von fünf Offizieren der Mobilgarde, welche von einer Frau mit einem Küchenmesser enthauptet wurden. Diese Frau ist vierzig Jahre alt und befindet sich jetzt in den Kellern der Tuilerieen. Sie gesteht ihr Verbrechen mit der größten Kaltblütigkeit ein. Auf der Haupt-Barrikade des Viertels von St. Antoine sah man die Leiche eines Gardisten liegen, gespießt, verstümmelt und mit ausgerissenen Eingeweiden. Im Pantheon fand man die Leichen von mehreren Mobilgardisten, bei den Handgelenken aufgehängt und mit Säbel- und Bajonnetstichen durchbohrt. Man hat nicht blos gekantete Kugeln gefunden, sondern auch solche, die mit Stücken Kupfer gegossen waren. Im Clos St. Lazare hatte man einem Infanterie-Offizier die beiden Handgelenke abgeschnitten, und er starb eines langsamen Todes an seinen furchtbaren Wunden. Einem Dragoner hatte man die Füße abgehauen und ihn sterbend wieder auf sein Pferd gesetzt."

Paris, den 29. Juni. Das gestern von uns mitgetheilte vom General Cavaignac gebildete Ministerium war nicht ganz genau. Nicht Verninac sondern Leblanc ist das Ministerium übertragen. Seine Ernennung rief einen Sturm in der National-Versammlung hervor, indem von mehreren Seiten mit Heftigkeit verlangt wurde, daß nur Mitglieder der National-Versammlung ein Portefeuille übertragen werden sollte; einem Verlangen, dem der größte Theil der Mitglieder mit Festigkeit entgegentrat. Goudchaux hat das Finanzministerium übernommen.

Italien.

Das Organ der provisorischen Regierung der Lombardei, der „22. März," zeigt an, daß die Geiseln, die Radetzky bei seinem Abzuge von Mailand mitnahm, in Freiheit gesetzt sind und heimkehren werden.

— Die Geschenke des Großherrn an Pius IX. waren dem Römischen Publikum bis heute Mittag im Consistorialsaal des Quirinals zur Schau ausgestellt. Sie bestehen aus einer goldenen, in Brillanten funkelnden Tabatière mit dem Bildnisse des Sultans; aus 20 Stücken Ziegenwolle, die in einer der ersten Fabriken Ancyras zu einem weißen Gewebe verarbeitet war; 600 Ellen Türkische Teppiche; 600 Ellen Gewebe aus Sammet und Gold; sechs Arabischen Pferden (noch in Civitavecchia); einem Sattel aus rothem Sammet mit Steigbügeln aus massivem Golde; einer Pferdebecke aus rothem goldgestickten Tuche mit 4000 Brillanten, darunter vier von besonderer Größe und Schönheit; einer Kopfbedeckung für ein Pferd aus schwarzem Leder mit 2000 Brillanten und goldenen Schnallen, zwei goldgestickten schwarzseidenen Sophaüberzügen; einem Portrait des Sultans von kostbaren Diamanten im Kreise geschmückt.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Vierundzwanzigste Sitzung, vom 30. Juni.

Beginn $12\frac{1}{2}$ Uhr. Das Protokoll der gestrigen Sitzung, von dem Sekretair Abg. Plönnies verlesen, wird, nach einem unerheblichen Einwande des Herrn Sydow, angenommen.

Präs. Grabow macht bekannt, daß, da bis auf Weiteres von der Versammlung nur 2 Plenar-Sitzungen wöchentlich beliebt worden, diese Dienstags und Freitags, Vormittags 10 Uhr stattfinden sollen.

Hr. Witt beantragt, daß die für das kirchliche und Schulfach ausgeworfene Fachkommission von 16 Mitgliedern in 8 für das kirchliche und 8 für das Schulfach gesondert werde, während Hr. v. Berg gänzlich gesonderte Fachkommissionen für je beide Institutionen fordert. (Beide Anträge werden unterstützt.)

Hr. Uhlich erklärt sich gegen beide Anträge, indem diese zwar wesentlich getrennten Begriffe Kirche und Schule sich stets schwesterlich die Hand reichten und eine ohne die andere nicht eben segensreich wirken könnten.

Nach kurzer Debatte wird der v. Berg'sche Antrag verworfen, der Witt'sche dagegen angenommen.

Hr. Windhorst trägt den dringenden Antrag vor: Die hohe Versamm-

(Mit zwei Beilage)

lung möge ein Gesetz erlassen, daß alle diejenigen ihrer Mitglieder, welche in ein besoldetes Staatsamt einrücken oder eine desfallsige Beförderung erhalten, Sitz und Stimme in der Versammlung verlieren, wenn sie nicht wieder neu gewählt werden sollten. (Sehr zahlreich unterstützt.) Trotz des Widerspruches der Versammlung, die sofort abstimmen will, motivirt Redner zum Ueberfluß die Dringlichkeit seines Antrages, indem er den Einfluß schildert, welche eine Anstellung auf die Gesinnung eines Mannes oft ausübt, daß aber eine freie Verfassung von freien Männern berathen werden müsse. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Hr. Matze stellt den Antrag: Die hohe Versammlung wolle das Ministerium des Kultus veranlassen, die weitere Berathung allgemeiner Schulangelegenheiten durch die Provinzial-Schulkonferenzen aufhören zu lassen, weil diese unter die Leitung der Schulräthe und Seminardirektoren gestellt und hervorgegangen sind aus den Wahlen der Kreis-Lehrerversammlungen, welche, unter dem Vorsitze der Landräthe und in Gegenwart der geistlichen Schulinspektoren abgehalten, als unfreie und unter fremdem Einflusse abgehaltene betrachtet werden müssen (wird unterstützt). Antragsteller fordert die sofortige Diskussion auf Grund der Dringlichkeit des Gegenstandes, indem der Zusammentritt der Schulkonferenzen neuerdings nahe bevorstünde.

Kultusminister Rodbertus berichtigt diesen letzteren Passus, indem er versichert, daß der Termin des Zusammentrittes noch gar nicht festgestellt worden.

Die Majorität spricht sich für sofortige Diskussion aus.

Antragsteller: Der frühere Kultusminister Schwerin habe noch vor nicht allzulanger Zeit hier versichert, daß die beabsichtigten Versammlungen der Volksschullehrer unter der Leitung eigener Schulinspektoreu stattfinden würden. Dies sei bis jetzt nicht geschehen, vielmehr seien nach wie vor die Landräthe und die Geistlichkeit die Leiter jener Konferenzen gewesen. Wie sehr durch eine solche harte Bevormundung der Aufschwung des Geistes gehemmt worden, liege auf der Hand. Der Landrath habe z. B. leider die Bedingung der Existenz, die erste Lebensfrage des Lehrers, in Händen, der außerdem noch dadurch gebunden sei, daß er nebenbei stets noch den Posten eines Gerichtsschreibers verwaltet. — Es sei aber unumgänglich nöthig, daß die drei Begriffe: Staat, Kirche und Schule auf das Strengste gesondert würden, denn Seminardirektoren, Schulräthe der Regierungen ꝛc. hätten stets andere Interessen zu verfolgen, als jene Volksschullehrer, dieser achtungswerthe Stand, die uns erzogen haben und wieder unsere Kinder erzögen. Diesen Stand aus Fesseln, seien es auch nur scheinbare, zu befreien, sei eine ehrenvolle Hauptaufgabe der Versammlung.

Hr. Ritz wendet ein, daß man ein Ministerium wider seinen Willen zu keiner Maaßregel veranlassen könne (oho! links Murren) und er müsse daher, wegen der Unhaltbarkeit des Antrages auf Uebergang zur Tagesordnung antragen (wird unterstützt).

Hr. Weichsel (sehr heftig, fast schreiend): Schon seit 6 Wochen sitzen wir hier, und nun, wenn wir ein Mal zur Wahrheit kommen wollen, tritt immer gleich Einer mit der Tagesorduung auf. Diese muß verworfen werden. (Lachen, schallendes Bravo.)

Hr. Schlitte tritt der Ritzschen Ansicht bei und erklärt, daß die Versammlung, weit entfernt, ihre Competenz zu überschreiten, nicht in das Innere des Getriebes der Maaßregeln eines Ministeriums dringen dürfe. — Der Antrag auf Tagesordnung wird verworfen.

Hr. Uhlich: Wenn er gegen den Mätzeschen Antrag auftrete, so müsse er von vorn herein sich gegen den Verdacht verwahren, als trete er damit gegen den Lehrerstand auf, dem er von Herzen zugethan, denn er wünsche, daß er bald auf dem Standpunkte der Hochachtung stehen möge, der ihm gebührt, vielmehr trete er eben nür gegen den Antrag in dieser Form auf. Er erkenne sehr wohl die kürzlich vergangene elende Lage dieser Standesklasse an, deren Ingrimm wohl zu erklären gewesen, allein es käme hier gar nicht auf eine Klage über die Vergangenheit, sondern auf einen Antrag für die Zukunft an. Es sei den Lehrern nicht zuzutrauen, daß sie sich durch die Aeßerlichkeiten in der Freiheit ihrer Wahlen erschüttern lassen würden. Denken wir doch daran, schließt der Redner, daß bei unseren Wahlen ebenfalls die Landräthe präsidirten, und es dennoch keinem von uns einfallen dürfte, sich nicht gerade für den rechten zu halten. (Gelächter) Vertrauen wir von vorn herein den Schritten, welche das Ministerium thut, welches sich ja doch aus unserer eigenen Mitte gebildet, respective ergänzt hat, und das wir demnach so ziemlich kennen müssen, und bringen wir nicht alle Verdienste, gute Gesetze erlassen zu haben, an uns. Ich trage daher darauf an, daß der Antrag des Abg. Mätze verworfen werde.

Hr. Pape: Ich bin nie ein Freund so vieler Conjunktiven gewesen, wie sie der geehrte Redner vor mir, um sich warm zu halten, angewendet hat. Halbe Maßregeln zu ergreifen, ist überall schädlich gewesen; um so mehr aber einem eingerosteten Vorurtheil gegenüber. Ich behaupte und kann es beweisen, daß es die höchste Zeit ist, namentlich dem Einflusse der Landräthe auf das Volksschulwesen ein Ende zu machen. Der Landrath des Kreises, in dem ich schon seit 10 Jahren lebe und den ich hier vertrete (Münsterberg), ein Mann, der nie fähig war und sein wird, seinem Posten vorzustehen, entblödet sich noch heute nicht, einem Volkslehrer das Prädikat „Herr" und die Anrede „Sie" zu versagen. Man mag sich also ausmalen, welchen Begriff dieser Landrath von der Würde des Lehrerstandes hat. — Dieser Stand ist freilich mit den Ereignissen der letzten Zeit fortgeschritten und das Ministerium Eichhorn würde sich vielleicht 2—3 Mal gekreuzigt haben, wenn es je eine Lehrer-Eingabe nach jetzigem Zuschnitt empfangen hätte (Gelächter); dennoch besitzen diese Leute nicht Schnellkraft genug, ein so erdrückendes Joch mit einem Male abzuschütteln. Deshalb muß man ihnen in und mit jenem Antrage zu Hülfe kommen. (Bravo.)

Cultusminister Rodbertus: Ich muß mich weniger gegen den Inhalt, als vielmehr gegen die Form des Antrages auf das Entschiedenste aussprechen. Ich habe alle Achtung vor der Würde, dem Berufe und der Competenz der Kammmer, größer aber noch ist mein Respekt vor der Verantwortlichkeit der Minister, und, so lange das Gesetz über diese noch nicht geändert worden, soll auch mich nichts bewegen können, und das erkläre ich der Kammer gegenüber mit der festesten Bestimmtheit, mir den Weg zur Erreichung eines Zieles vorzeichnen zu lassen. Außerdem ist der Antrag in Bezug auf die Schulinspektoren in faktischem Irrthum.

Was übrigens den Stand der Volksschullehrer betrifft, so achte ich ihn, als einen sehr ehrenwerthen, sehr hoch, und es wird mein eifrigstes Bestreben sein, ihm die Stellung zu geben, die er verdient, aber eben deshalb kann ich auch die hier gegen ihn erhobene furchtbare Anklage nicht theilen, als ob derselbe geistig so sehr zurück sei, sich zu einer starken Selbstständigkeit nicht aufraffen zu können. Vielmehr traue ich ihm in dieser Beziehung das Beste zu. Wie übrigens auch der Beschluß der Kammer ausfallen möge, ich muß es mir, so lange ich verantwortlicher Minister bin, ungeschmälert vorbehalten, die Mittel und Wege zur Erreichung angedeuteter Zwecke selbst zu wählen. (Bravo! Zischen der Linken.)

Hr. Tamnau sprach gegen den Antrag. Da noch 19 Redner angemeldet, so spricht die Versammlung den Schluß der Debatte aus. Hr. Weichsel spricht dagegen, Hr. Heine dafür. Hr. Berends führt zur Ergänzung die Thatsache an, daß auch in dem Schildberger Kreise der Landrath den Lehrern gesagt, sie können während der Berathungen stehen, oder, wenn sie sitzen wollten, sich die Stühle mitbringen. Die Lehrer haben gegen diese Zumnthung sofort Verwahrung eingelegt, auch eine Bittschrift an die Nationalversammlung gelangen lassen, welche er hiermit vorlege. Hr. Dierschke bemerkt, nachdem der bei seinem Erscheinen entstandene Lärm sich gelegt, daß, als er vorgestern über die reactionairen Strebungen der Beamten gesprochen, er auch des Umstandes gedacht habe, wie ein Landrath selbst von der Nationalversammlung behauptet, sie müsse durch Kartätschen zusammengeleimt werden. Der Herr Finanzminister habe ihm (dem Redner) gerathen, sich solcher Aeußerungen, falls er sie nicht belegen könne, zu enthalten. Jetzt könne er (Redner) sich auf das Zeugniß sämmtlicher Lehrer des Ohlauer Kreises berufen. Die Kreis-Lehrerversammlungen seien demgemäß nicht frei gewesen. Die Verantwortlichkeit der Minister könne übrigens die Versammlung nicht berühren, denn es bestehe noch kein diesfallsiges Gesetz. Hr. Mätze erhält nun als Antragsteller das letzte Wort. Die durch die Lehrerkonferenzen zu erzielende Information solle zu einem neuen, der Nationalversammlung vorzulegenden Gesetze dienen; es müsse derselben daher wichtig sein, daß die Anträge der Lehrer in freier Versammlung gemacht werden. Um auf die verschiedenen ihm gemachten Einwendungen zurückzukommen, bemerke er, daß, um einzusehn, wie unfrei die Versammlung gewesen, im Hirschberger Kreise der Landrath erklärt habe, der allgemein geachtete Lehrer Wander sei, weil er nicht anwesend, nicht wahlfähig. Ein anderer Abgeordnete (Hr. Uhlich) habe für die Sache bemerkt, daß auch die Abg. dieser Versammlung aus Wahlbezirken, denen Landräthe vorgesessen, hervorgegangen seien. Leider! sei dem so. Schließlich verändert der Redner ein Wort in dem also lautenden Eingange: „die Versammlung wolle das Ministerium veranlassen" ꝛc. dahin, daß es aus „veranlassen" „ersuchen" macht. Bei der Abstimmung wird der Mätzesche Antrag mit 145 gegen 197 Stimmen und damit gleichzeitig das Harkortsche Amendement verworfen.

Ehe in der Tagesordnung weiter gegangen wird, meldet sich Hr. Parisius zu einer dringenden Anfrage an das Ministerium. Die Stadt Berlin sei heut wiederum durch herumziehende Trupps brodloser Arbeiter, welche sich zu verschiedenen Ministern begeben, in Unruhe versetzt worden. Die Arbeiter, 14'0 an der Zahl, seien angeblich plötzlich entlassen worden. Die Anfrage erhält die genügende Unterstützung und soll, nach dem Beschlusse der Versammlung, auf der Stelle erledigt werden, worauf der Fragesteller aufgefordert wird, seine Frage einzuleiten. Handelsminister Milde: Er habe dem geehrten Abgeordneten bereits erklärt, daß er die Frage heut hier beantworten wolle. Hr. Parisius: Er habe mit mehreren der entlassenen Arbeiter vor der Sitzung gesprochen und von ihnen erfahren, daß sie von den Arbeiten am Plötzensee mit einem Male entlassen worden. Das Publikum müsse die Gründe der Entlassung erfahren, damit den Arbeitern, falls sie schuldlos, geholfen, und falls sie schuldig seien, mit aller Energie entgegen getreten werde, damit die beständigen Unruhen, welche in allen Kreisen von der nachtheiligsten Wirkung seien, endlich einmal aufhörten.

Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten Milde: Die Sache der Arbeiter verhält sich folgendermaßen: Zwischen Spandau und Berlin wird ein, längs des Plötzensee's sich hinziehender Canal, auf Staatskosten, erbaut. Die Arbeit theilt sich dabei in Erdschachtungen und Ausrodungen. An dem Canal selbst können 14-, höchstens 1800 Mann beschäftigt werden. Die hiesigen Arbeiter haben sich mit Ausweisungskarten zu versehen, auf welche hin sie bei den verschiedenen Bauten beschäftigt werden. Seit Wochen hat nun ein großer Andrang von Arbeitern zu dieser Stelle stattgefunden, und es hatten sich, um mit dem technischen Ausdrucke zu reden, so viele Eindringlinge eingestellt, daß in der vorigen und vorvorigen Woche die Anzahl der Arbeiter überhaupt auf 2300 gestiegen war. Der eine Thlil der Arbeiter steht unter einem frei gewählten sogenannten Arbeiter-Verein, welcher unter einem frei gewählten Führer seine eigene Disciplin übt. Dieser eine Theil hatte auch Accordarbeit angenommen und der Mann, in Folge derselben, 18, 20 und 24 sgr. täglich verdient. Der andere Theil war nicht geneigt, sich jenem Vereine und seiner Disciplin anzuschließen, und zog es vor, 15 sgr. an Tageslohn für Ausrodungen der Bäume u. s. w. zu nehmen. Diese an sich schon langwierige Arbeit wurde indeß so langwierig, daß, wenn nicht beträchtliche Einbuße erfolgen sollte, hier ein Halt geboten werden mußte. Am Mittwoch (28. Juni) wurde angezeigt, daß mit dem heutigen Tage (dem 1. Juli) die Tagelohnarbeiten aufhören sollten. Es wurde indeß gleichzeitig den hier ortsgehörigen verheiratheten Arbeitern eröffnet, daß sie, falls sie dem Arbeiterverein zutreten, hier weiter in Accord arbeiten können; den unverheiratheten wurde freigestellt, Arbeit an der Preuß. Ostbahn anzunehmen, wobei ihnen der Tagelohn für zwei Tage fortgezahlt und sie frei nach Woldenberg befördert werden sollten; für einen andern Theil ließen sich vielleicht auch noch andere Tagelohnarbeiten ermitteln, und für die Schwachen und Kranken werde aus Communalmitteln gesorgt. Als am vorigen Mittwoch (28. Juni) früh von allen diesen zu treffenden Maßregeln unter den Arbeitern etwas verlautete, fielen Einige über ihren selbstgewählten Vorsteher des Arbeitsvereins her und mißhandelten ihn auf die furchtbarste Weise, indem sie ihn für den Anstifter der Vorkehrungen hielten. Es entstand nun ein vollkommenes Gefecht, wobei die Accordarbeiter zurückgeschlagen wurden. Das Militair mußte endlich einschreiten und die Leute auseinander treiben. Nun zogen die Tagelohnarbeiter umher und wollten wissen, was aus ihnen werden würde. Als Einschaltung sei indeß zuvor noch bemerkt, daß die, die vorgedachten Bedingungen und Zugeständnisse enthaltende Bekanntmachung erst am Mittwoch Mittag zur Kenntniß der Ar-

beiter gekommen, letzteren aber der selbstgeforderte Lohnsatz bewilligt worden war. Die Leute weigerten sich indeß, sich zu irgend Etwas zu bequemen. Sie wollten nichts thun und haben, wie der Baurath eben berichtet, bis heut Mittag noch keinen Entschluß gefaßt. So weit der Sachverhalt. Schließlich wünsche ich noch auszusprechen, daß die Staatsregierung, als solche, die Pflicht nicht anerkennen kann, für die Arbeiter der großen Städte zu sorgen, da die Ortsgemeinden und Kreise gesetzlich dazu verpflichtet sind. Berichtigen muß ich auch noch einen Irrthum. Das Ministerium, welchem vorzustehn ich die Ehre habe, soll den Nationalwohlstand fördern und, so weit es durch öffentliche Arbeiten geschehen kann, auch diese unternehmen, nicht aber Arbeitslose beschäftigen. Denn die Annahme dieses Grundsatzes könnte zur Consequenz der Nationalwerkstätten führen. Auf große und umfassende Bauten werde ich, so weit die Mittel des Staats reichen, eifrig bedacht sein, und dieser Versammlung die geeigneten Vorschläge so bald wie möglich machen. (Bravo.)

Hr. Parisius fragt, ob es nicht zulässig wäre, den Leuten die urplötzliche Auffagung der Arbeit zu ersparen und diese ihnen nicht lieber eine Woche vorher anzusagen? Minister Milde: Es sei hier auch keineswegs eine plötzliche Kündigung eingetreten, im Gegentheil den einstweilen Arbeitslosen ja ein zweitägiger Lohn, obgleich sie nicht mehr arbeiten sollten, zugesagt, ihnen überhaupt die größte Schonung bewiesen worden. — Damit wurde der Gegenstand verlassen.

Hr. Borchart beantragte: »Die hohe Versammlung wolle (in Betracht, daß nach den bestehenden Gesetzen, insbesondere nach dem Gesetze aus dem Monat April d. J. dem Militairstande das Associations- und Petitions-Rech[t] gleich jedem andern Staatsbürger, zusteht), durch einen sofort zu erlasse[nden] den Beschluß, dem Kriegsminister jede fernere Schmälerung der eben erwäh[n]ten Rechte des Militairstandes untersagen.« Der Antrag geht an die Abthe[i]lungen. Hr. v. Zedtwitz beantragt: »Die Versammlung möge beschließe[n], daß 1) bei Verbesserung von Landstraßen und Communikations-Wegen d[ie] Ritter- und Freigutsbesitzer, so wie die Domainen nach Verhältniß des Besitze[s] Hülfe leisten müssen; 2) daß zu Kirchen- und Schulbauten ebenfalls jede[r] ohne Unterschied, nach Verhältniß des Besitzes beisteuern müsse.« Die Anträg[e] gehen an die Abtheilungen.

Hr. Kirstein beantragt: »Die Versammlung wolle beschließen, daß da[s] Staats-Ministerium ersucht werde, die bisher zur alleinigen Entscheidung de[r] Bataillons-Commandeurs gestellten Reklamationen einberufener Landwehrmänner vor das Ressort der Kreis-Ersatz-Commission in specie ihrer Civilmitglieder, oder einer eigens aus dem Kreise zu erwählenden Commission zu verweisen.« Der Antrag wird nicht sofort berathen, sondern an die Abtheilungen verwiesen. Der Bericht der Central-Abtheilung über den Antrag des Abgeordneten Reuter, betreffend: die Untersuchung der in der Provinz Posen in der neusten Zeit stattgehabten blutigen Ereignisse und deren Ursachen, wurde, da die Zeit schon zu weit vorgerückt, bis zur nächsten öffentlichen Sitzung verschoben und deren Beginn auf Dienstag den 4. Juli, Vormittags 10 Uhr, angesetzt. (Schluß der Sitzung 3 Uhr.)

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Bekanntmachung.

Bei der am heutigen Tage erfolgten Verloosung von Posener Stadt-Obligationen wurden folgende Nummern gezogen:

No.	über	Rthlr.
505.	50	Rthlr.
1333.	100	"
362.	100	"
325.	100	"
1405.	25	"
1054.	100	"
461.	100	"
324.	100	"
1277.	100	"
356.	100	"
871.	25	"
1332.	100	"
62.	100	"
2207.	25	"
2030.	25	"
2599.	25	"
2374.	25	"
2718.	50	"
2167.	25	"
2761.	25	"
1521.	25	"
1497.	25	"
1845.	25	"
1835.	25	"
2100.	25	"

Die Inhaber dieser Obligationen werden aufgefordert, den Betrag dafür vom 5ten bis 15ten dieses Monats von der Stadtschulden-Tilgungs-Kasse auf dem Rathhause in Empfang zu nehmen, widrigenfalls dieser Betrag auf ihre Gefahr bei dieser Kasse asservirt, nicht ferner verzinst und die inzwischen bezahlten Coupons derselben bei der spätern Auszahlung des Capitals in Abzug gebracht werden.

In benannter Zeit werden auch die Zinsen für den Coupon No. 47 bezahlt.

Nachstehende früher verlooste Stadtobligationen

No.	über	Rthlr.
281.	100	Rthlr.
659.	50	"
734.	25	"
1139.	25	"
1164.	100	"

sind noch rückständig geblieben.

Posen, den 3. Juli 1848.

Die Stadt-Schulden-Tilgungs-Commission.

Bekanntmachung.

Die Inhaber unserer Pfandbriefe haben, um solche zu realisiren, bisher größtentheils schriftliche Kündigungen durch die Post an uns gelangen lassen; diese Art der Kündigung hat indeß nicht nur den Nachtheil, daß sie mit Gefahr für den Absender verbunden ist, sondern sie hat auch manche unnöthige und unangenehme Korrespondenz verursacht, und dadurch dieses so einfache Geschäft über die Gebühr weitläuftig gemacht. Dieselbe kann daher um so weniger ferner gestattet werden, als nach Vorschrift des §. 26. unserer Kreditordnung das über die gekündigten Pfandbriefe zu ertheilende Anerkenntniß dem Gläubiger ausgehändigt werden muß. Wer demnach von dem nächsten Kündigungstermine an künftig Pfandbriefe zu kündigen beabsichtigt, der muß diese persönlich überreichen, oder durch einen hierzu Beauftragten präsentiren lassen, damit sodann die dagegen zu ertheilenden Rekognitionen dem Präsentanten ausgehändigt werden können; briefliche Kündigungen durch die Post werden dagegen von jetzt an unberücksichtigt auf Kosten des Absenders zurückgesandt werden.

Posen, den 14. April 1829.

General-Landschafts-Direktion.

Vorstehende Bekanntmachung erneuern wir hierdurch mit dem Bemerken, daß Kündigungen 4 % Pfandbriefe nach §§. 25. und 236. der Kredit-Ordnung vom 15ten December 1821 nur in den Zinszahlungs-Terminen, d. i. während der Johannisversur vom 16ten bis zum 26sten Juni, und während der Weihnachts-Versur vom 12ten bis zum 24sten December angenommen werden können, und daß die Pfandbriefe im koursfähigen Zustande nur mit Koupons von derjenigen Versur einzureichen sind, in welcher die Zahlung der Valuta verlangt werden kann.

Posen, den 18. Juni 1848.

General-Landschafts-Direktion.

Die Wagnersche Ofenfabrik St. Martin No. 27. zu Posen empfiehlt sich den Herren Bau-Unternehmern und Baudirigenten mit ihren bedeutenden Vorräthen in feinen weißen und couleurten Schmelzöfen, so wie in weißen Begußöfen, und verspricht bei möglichst niedrigen Preisen bestes Fabrikat und solide praktische Arbeit. Bestellungen werden Markt No. 41. im Fabrik-Comptoir angenommen.

Büttelstraße No. 23. sind im ersten Stocke 5 geräumige Wohnzimmer, englische Küche nebst Zubehör, im Ganzen oder auch theilweise, so wie außerdem der von Herrn Blank bisher inne gehabte Laden mit angränzender Niederlage, vom 1sten Oktober d. J. ab zu vermiethen. Näheres beim Eigenthümer

Louis Wollenberg.

Eine freundliche Stube für eine einzelne Person ist Markt No. 82. im 2. Stock sogleich zu vermiethen.

Markt No. 43. ist in der ersten Etage das von der J. M. R. Witkowski Wwe. innehabende Geschäftslokal nebst Wohnung von Michaeli ab zu vermiethen. Näheres bei

H. Borchert & Sohn,
Schuhmacherstr. No. 16.

Kanonenplatz No. 9. ist die Parterre-Etage links, so wie desgl. die Bel-Etage, beide mit tapezirten Vorderzimmern, mit oder ohne Stallung, von Michaelis c., so wie die Parterre-Wohnung No. 8. in dem Hause neben an sogleich, oder auch zu Michaelis c. zu vermiethen. Das Nähere daselbst No. 8. Bel-Etage.

Im Hause No. 48. alten Markt ist von Michaeli c. ab das ganze Parterre mit Kellern — desgleichen 4 Zimmer der zweiten Etage zu vermiethen.

Große Gerberstraße 25. eine Treppe hoch ist eine möblirte Stube zu vermiethen.

Netzbrucher Kühe.

Sonntag den 9. d. M. bringe ich 15 Stück frischmelkende Netzbrucher Hauptkühe nebst Kälbern nach Posen und logire ich im Gasthof zum Eichborn Kämmereiplatz.

Fr. Schwandt, Viehhändler.

Heute Mittwoch den 5ten Juli findet bei mir das erste große Trompeten-Konzert, ausgeführt vom Musikchor des 7ten Husaren-Regiments, statt, wozu ergebenst einladet

Zander.

Bei ungünstigem Wetter findet das Konzert am folgenden Tage statt.

Mittwoch den 5. Juli:

Großes Konzert

im Hildebrandschen Garten. Entrée à Person 5 Sgr. Anfang 5 Uhr. Ende nach 9 Uhr. Das Nähere durch die Zettel.

J. G. Vieffe,
Musik-Direktor im 8. Inf.- (Leib-Reg.)

Donnerstag den 6ten d. M. Nachmittags 6 Uhr Versamlung des konstitutionellen Klubs im Odeum. — Tages-Ordnung: Beschlußnahme 1) über eine Adresse des patriotischen Vereins in Berlin; 2) über die Frage, ob für das laufende Quartal ein neues Lokal gemiethet, oder die Sitzungen des Klubs bis zum Anfang des Herbstes vertagt werden sollen.

Posen, den 4. Juli 1848.

Wendt sen.

Posener Bürgergesellschaft.

Das Lesezimmer wird heute eröffnet, die Einrichtung der übrigen Gesellschaftsräume so beschleunigt, daß wir Anfangs künftiger Woche die erste Versammlung zu veranstalten hoffen. — Die Anmeldungen zum Beitritt sind schriftlich an den Vorstand zu richten.

Posen, den 4. Juli 1848.

Der Vorstand der Bürgergesellschaft.

In Bezug auf den Artikel eines Theaterfreundes in der gestrigen Posener Zeitung, nehme ich keinen Anstand, auf den mir geäußerten Wunsch hierdurch zu erklären, daß ich mit meinem Sohne am 2ten d. Mts. Nachmittags $5\frac{1}{4}$ Uhr noch Theaterbillets zu den billigern Preisen in der Behausung des Herrn Direktors Vogt gekauft und in Empfang genommen habe.

Wandelt, Justizrath.

Der erste wichtige Schritt des neuen kommandirenden Generals zur Consolidirung der Ruhe in der Provinz Posen besteht darin, daß er dem hiesigen Militair das Tragen der Knoten an den Halstüchern offiziell verbietet, und lebhaft gegen dessen nicht probemäßigen Bärte demonstrirt.

Ein Liebhaber von Knoten.